Herr Gräf bezieht sich auf Signale aus Richtung Kreis, dass es offensichtlich wenig Bereitschaft gebe, vom Doppelhaushalt abzurücken. Insofern sei die Formulierung der Verwaltung etwas zu allgemein. Die FDP-Fraktion schlage deshalb folgende modifizierte Beschlussfassung vor: *Der Rat der Gemeinde Eitorf fordert den Rhein-Sieg-Kreis auf, sämtliche Entlastungen des aktuellen Kreishaushaltes an die Kommunen weiterzugeben und mindestens auf die geplante Anhebung der Kreisumlage ab 2013 zu verzichten.*

Prinzipiell stimmt Herr Langer den Ausführungen von Herrn Gräf zu. Aber es sei nicht die erste Resolution in dieser Sache und er stelle sich die Frage, was daraus geworden ist. Etwas positives sei dabei für Eitorf vermutlich nicht herausgekommen. Seines Wissens sei keine Fraktion beim Kreis gewillt, den Doppelhaushalt aufzuheben. Aber vielleicht könne Frau Sauer als Vertreterin im Kreistag etwas Aktuelles zur Thematik sagen.

Der Bürgermeister bestätigt, dass zumindest seitens der großen Fraktionen keine Bereitschaft bestehe, vom Doppelhaushalt abzurücken. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, habe die FDP-Fraktion den Beschluss im Hinblick auf die Kreisumlage 2013 modifiziert.

Auf Bitte von Herrn Meeser, auch die Erstattungen aus der Landschaftsverbandsumlage mit aufzunehmen, erklärt Herr Gräf, dass diese mit der allgemein gehaltenen Beschlussformulierung mit abgedeckt sei. Er und der Bürgermeister ergänzen weiterhin, dass der Kreis durch die Rückzahlung der Umlage nicht ins Plus gelange, sondern allenfalls sein Minus reduziere. Die Belastungen des Kreishaushaltes, so Herr Gräf, müssten den Entlastungen entgegengestellt werden. Maßgeblich sei, was unter dem Stricht übrig bleibe. Im Zuge der Planungssicherheit werde jedoch konkret im Beschlussvorschlag die Kreisumlage 2013 angesprochen.

Frau Sauer bestätigt, dass die Thematik in ihrer Fraktion auf Kreisebene noch nicht erörtert und im Kreistag auch noch nicht verhandelt wurde. Die für vergangenen Donnerstag vorgesehene Kreistagssitzung sei abgesagt worden.

Herr Sonntag erklärt, dass durch das GFG Mehrerträge von 14 Mio. Euro zu verzeichnen seien. Mit der Erstattung der Landschaftsumlage mache dies auf der Habenseite rund 16,9 Mio. Euro aus. Er fragt nach unkalkulierbaren Ausgaben, insbesondere im Hinblick auf einen Doppelhaushalt. Als Beispiel nennt er den Brandschutzbedarf Kreishaus in Höhe eines hohen zweistelligen Mio.-Betrages. Er fragt, ob dies schon im Kreishaushalt berücksichtigt sei.

Frau Sauer erklärt, dass dies ihres Wissens bei der Verabschiedung des Doppelhaushaltes noch nicht klar war.

> *<u>Nachträgliche Anmerkung:</u>*
> *Das Ratsmitglied Sabine Sauer hat im Nachgang zu der Sitzung mitgeteilt, dass die Kosten für die Sanierung des Kreishauses nicht in diesem Haushalt veranschlagt, sondern im nächsten Haushalt zu berücksichtigen sind. Ob dazu die Kreisumlage zu erhöhen ist oder andere Finanzmittel herangezogen werden können, ergebe sich aus den nächsten Haushaltsberatungen.*

Herr Sonntag stellt die Position der CDU dar. Käme es zu der vermuteten, zuvor angesprochenen unkalkulierten Ausgabe von rund 20 Mio. Euro, sei die ganze Resolution hinfällig., Die Überlegungen, wo Entlastungen aber auch Mehrbelastungen im Kreishaushalt seien, führten in seiner Fraktion dazu, heute nicht zuzustimmen. Man werde aber nicht dagegen stimmen, sondern sich enthalten.

Herr Meeser spricht die in der Vorlage angesprochene „Gleichbehandlung von Umlagehaushalten“ an.

Sowohl der Bürgermeister als auch der Erste Beigeordnete erklären, dass diese Thematik nicht in einem Satz zu beantworten ist, sondern eher gutachterlich bzw. abendfüllend zu bewerten sei.

Herr Scholz spricht die Unwägbarkeiten des Kreishaushaltes durch den ausstehenden Landeshaushalt an.
Der Bürgermeister erklärt, dass daher die modifizierte Beschlussformulierung für 2013 schon Sinn mache.

Herr Dr. Peeters erklärt, dass man innerhalb der SPD-Kreistagsfraktion nur wenig Neigung verspüre, Haushaltspakete im Rahmen des Doppelhaushaltes aufzuschnüren. Außerdem sei es bis 2013 noch lange hin. Insofern werde sich auch die SPD-Fraktion heute enthalten.

Herr Langer erschließt sich zur Zeit nicht der Sinn der Resolution. Auch seine Fraktion werde sich daher enthalten.